

# Strukturwandel im Rheinischen Revier

Ein Gastbeitrag von Oliver Krischer MdB

Eineinhalb Jahre nach dem Ende der Kohlekommission hat Ende Mai im Wirtschaftsausschuss des Bundestages die Anhörung zum Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung stattgefunden\*. Die Bundesregierung hat das Ergebnis der Kohlekommission ordentlich verwässert:

1. Die Abschaltung von Braunkohlekraftwerken wurde von der Bundesregierung willkürlich nach hinten verschoben. Effekt: erhebliche Mehremissionen
2. Datteln 4 ist am 06. Juni 2020 in Betrieb gegangen: ebenfalls Mehremissionen
3. Erstmals in der deutschen Geschichte soll mit dem Tagebau Garzweiler eine Kohleanlage per Bundesgesetz für energie-wirtschaftlich notwendig erklärt werden, ohne Begründung und ausgereicht hier liegen die letzten fünf Dörfer, die wegen der Kohle umgesiedelt werden müssten.
4. Die Braunkohlebetreiber RWE und LEAG erhalten üppige über 4 Milliarden Euro Entschädigung für die Konzernkasse. Die Details werden intransparent hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und in Verträgen neben dem Gesetz geregelt, die sich weitgehend der Kontrolle und Mitwirkung des Bundestages entziehen.
5. Der, um die Kohle zu ersetzen, notwendige Ausbau der Erneuerbaren Energien wird von der Bundesregierung nicht nur vernachlässigt, sondern auch aktiv bekämpft (keine Abschaffung Solardeckel, Windabstandsregeln usw..)

Dieser Gesetzentwurf entspricht nicht den Anforderungen an ambitionierten Klimaschutz aus dem Pariser Abkommen!

**Und dann sind da noch die Pläne von RWE zur Beendigung des Tagebaus Hambach**

Vor allem der Plan, rund um die Ortslage Mannheim auf über 5 Quadratkilometern gewachsene



© Bündnis 90/Die GRÜNEN

und seit Jahrtausenden besiedelte Landschaft abzubaggern, nur um sie ins Tagebauloch oder auf die Sophienhöhe zu kippen. Das ist zynisch und unverantwortlich. In dieser Einschätzung sind sich in der Region Umweltverbände, Bürgerinitiativen, GRÜNE und viele andere einig. Die Landesregierung ist hier gefragt, diese Pläne zu stoppen. In der Region rund um den Nochtagebau entwickeln sich gerade eine Reihe von Strukturwandelprojekten, insbesondere aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien und der Energiespeicherung. Die lassen sich hervorragend mit Naturschutz und Naherholung verbinden und bieten gleichzeitig die Chance, dass die Region Energieerzeugungsregion bleibt. Dem und nicht mehr den Interessen von RWE müssen sich Landschaftsgestaltung und Abschlussbetriebspläne unterordnen.

## Was tut sich derweil im Rheinischen Revier?

Die Arbeitsphase der Revierknoten läuft weiter, angepasst, an die pandemiebedingten Einschränkungen, genauso wie die Beteiligung der Bürger\*innen und das Konsultationsverfahren zum Wirtschafts- und Strukturprogramm. Während dessen konnten Anfang Juni Kommunalpolitiker\*innen und die interessierte Öff-

entlichkeit der Presse entnehmen, dass der Aufsichtsrat Zukunftsregion Rheinisches Revier der Landesregierung 83 Projekte empfohlen hat, die in einem Strukturwandel-Sofortprogramm mit einem Umfang von 2 Mrd. gefördert werden sollen, um den Strukturwandel in der Region zu beschleunigen.

Hauptkritikpunkt unsererseits ist die unzureichende Einbeziehung der Politik, denn die kommunalen Parlamente bleiben völlig außen vor. Das ist intransparent und undemokratisch. So sieht ein nachhaltiger und partizipativer Prozess des Strukturwandels im Rheinischen Revier nicht wirklich aus. Und daher gilt mein Testimonial auf den Seiten der ZRR umso mehr: „Ich engagie-

re mich für die Zukunftsagentur Rheinisches Revier, weil wir heute den Strukturwandel im Hinblick auf das absehbare Ende der Braunkohlegewinnung und verstromung voranbringen müssen. Ich will, dass das Rheinische Revier auch nach dem Ende der Braunkohle eine Region der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz bleibt. Die dafür vorhandenen Potenziale müssen wir heute nachhaltig ausbauen und die Infrastruktur in der Region weiterentwickeln.“

Oliver Krischer MdB ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bundestag

\* Redaktioneller Hinweis: Vor der Drucklegung war das Kohleausstiegsgesetz noch nicht verabschiedet.

Oliver Krischer MdB

# Chance Digitalisierung



Die Digitalisierung ist in aller Munde und wird als Möglichkeit angepriesen, alle Probleme zu lösen. Würde sie denn endlich umgesetzt, dann würde alles ohne weitere Arbeit funktionieren. Zumindest entsteht bei einigen Äußerungen dieser Eindruck. Nicht erst die COVID-19-Pandemie hat uns gezeigt, wie wir doch zum einen von einer digitalen Infrastruktur abhängig sind und wie weit sie denn wirklich gediehen ist. Konnten Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrenden kommunizieren? Gab es virtuelle Klassenräume? Nun

die Wirklichkeit sah wohl anders aus, teilweise hatten nur 2/3 der Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, einen PC zu nutzen, also dürftige Informationen zu erhalten. Eine Ausbildung zur Förderung der Medienkompetenz der Lehrenden findet auch bisher nicht statt. Ein Muss für die Zukunft. Rathäuser waren geschlossen, somit gab es auch keine Möglichkeit, Anträge oder Formulare zu erhalten. Aber bestimmt war doch schon das Onlinezugangsgesetz (OZG) umgesetzt? Nun einiges ging, anderes nicht und bei der Bearbeitung von

Anträgen und Formularen durch die Verwaltung von zu Hause war es ähnlich. Mal war es möglich – mal halt nicht.

Was konnte man auf den Straßen erleben? Der teilweise Shutdown brachte freie Autobahnen, wochenlang kamen keine Staumeldungen. Kontaktsperre, Homeoffice und leider auch Kurzarbeit machten viele Fahrten nicht mehr notwendig. Also führte das auch zu einer Entlastung der Umwelt. Homeoffice bei vorhandener Infrastruktur kann also auch ein Umweltfaktor sein. Dass es geht, wurde gezeigt.

Auch in Jülich war die Situation so. Man hat sich beholfen. Musikunterricht über Meetings, Online-Ausleihe von Büchern. Es ging schon einiges, aber die Pandemie hat auch die Grenzen aufgezeigt. Allein, dass es immer noch weiße Flecken bei der Internetanbindung in einige Ortsteile gibt, von einem im Stadtgebiet weit verbreiteten WLAN ganz zu schweigen.

Ja, es gibt Luft nach oben, aber es reicht eben nicht aus, in einigen Jahren damit anzufangen. Es ist notwendig und wichtig, jetzt zu investieren. Digitalisierung bringt Chancen, sollte aber Chancengleichheit bieten. (jue)

# Belgische Atommülllager-suche an Deutscher Grenze



Die Belgische Regierung hatte die Suche nach einem Atommüll-Endlager mitten während des Corona-Lockdowns mit einer Bürger\*innenbefragung begonnen. Die Konsultation endete Mitte

Juni. Menschen und Behörden in den möglicherweise betroffenen Nachbarländern wurden nicht informiert. So funktioniert Europa aus Sicht der GRÜNEN nicht! Daniel Freund, Grüner Europaabge-

ordneter aus Aachen, kommentiert: „In [einer] Krisensituation und angesichts der Ausgangsbeschränkungen in Belgien eine Entscheidung von solch immenser Tragweite durchzudrücken, ist schlicht undemokratisch. Die Menschen müssen sich beteiligen können, schließlich geht es um ihre Sicherheit und Entscheidungen mit Auswirkungen für mehrere tausend Jahre. Das aktuelle Vorgehen der belgischen Behörden weist starke Parallelen zum Umgang mit den Schrottreaktoren in Tihange und Doel auf.“ Gerade aus Jülicher Sicht, mit einem havarierten Versuchsreaktor vor der Haustür, stößt dieses Vorgehen auf Unverständnis. Zwei der sieben zu prüfenden Standorte liegen in unmittelbarer Nähe zur deutsch-belgischen Grenze, teilweise keine 50 Kilometer von Jülich entfernt unter dem Hohen Venn. (ses)

# Zahlen zum Müll

• 1995 lag der Gesamtverbrauch an Verpackungen in Deutschland bei 13,9 Millionen Tonnen. 2015 waren es 18,1 Millionen Tonnen (Quelle: Zeitsmagazin, 03.01.2020).

• 2016 waren es 18,2 Millionen Tonnen oder 220,5 kg pro Kopf und damit deutlich mehr als pro Kopf in der EU (167,3 kg, 2015) (Quelle: Umweltbundesamt)

• 2016 verursachten die Deutschen rund 38 Kilogramm Plastikverpackungsabfälle pro Kopf. Nur in Luxemburg (50,5), Irland (46,2) und Estland (42,2) ist der Verbrauch noch höher (Quelle: Plastikatlas 2019 der Heinrich-Böll-Stiftung und des BUND)

• Nach einer Studie der University of California sind weit über die Hälfte der seit 1950 hergestellten 8 Milliarden Tonnen Plastik allein in den letzten 15 Jahren produziert worden (Quelle: Zeitsmagazin, 03.01.2020)

• In Deutschland wird mehr als die Hälfte der Plastikprodukte verbrannt. Dabei entstehen Giftstoffe, die in Bergwerken in Bleicherode gelagert werden. 350.000 Tonnen Staub und Asche jedes Jahr (Quelle: Plastikatlas 2019 der Heinrich-Böll-Stiftung und des BUND)

• Deutschland gehört weltweit zu den größten Exporteuren von Plastikmüll. Nach den USA und Japan lag Deutschland von Januar bis November 2018 mit 12,7 % auf Platz 3 der größten Plastikmüllexporteure (Quelle: Plastikatlas 2019 der Heinrich-Böll-Stiftung und des BUND)

• Von den 2017 in Deutschland angefallenen 5,2 Millionen Tonnen Kunststoffabfällen wurden gerade mal 810.000 Tonnen wiederverwertet. Das entspricht einer Quote von 15,6 % (Quelle: Plastikatlas 2019 der Heinrich-Böll-Stiftung und des BUND)

• 5 bis 13 Millionen Tonnen Plastik gelangen jedes Jahr in die Weltmeere. Etwa 70 Prozent sinken auf den Meeresboden. Bis zur völligen Zersetzung können mehrere hundert Jahre vergehen (Quelle: Deutsche Umweltstiftung)